



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2007

"Wir brauchen Strukturen und Verfahren einer europäischen Republik". Ein Interview mit dem Verfassungsrechtler Peter Häberle

Beckstein, Martin

Abstract: In der gegenwärtigen Reflexionsphase sucht die Europäische Union nach Wegen aus der Krise. Aus diesem Anlass befragten Martin und Frank Beckstein den lange Zeit in St. Gallen tätigen Verfassungsrechtler und Rechtsphilosophen Peter Häberle zu den Themen Europäische Identität und (Staats-)Bürgerschaft sowie dem Problem der demokratischen Legitimation der EU.

Other titles: Völker- und Europarecht AKTUELL

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-50539>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Beckstein, Martin (2007). "Wir brauchen Strukturen und Verfahren einer europäischen Republik". Ein Interview mit dem Verfassungsrechtler Peter Häberle. Jusletter, 5:1-10.



«Wir brauchen Strukturen und Verfahren einer europäischen Republik» – Völker- und Europarecht AKTUELL

Ein Interview mit dem Verfassungsrechtler Peter Häberle

Autoren/Autorinnen: Martin Beckstein / Frank Beckstein

Rechtsgebiete: Europäisches Verfassungsrecht

Zitiervorschlag: Martin Beckstein / Frank Beckstein, «Wir brauchen Strukturen und Verfahren einer europäischen Republik» – Völker- und Europarecht AKTUELL, in: Jusletter 5. Februar 2007

In der gegenwärtigen Reflexionsphase sucht die Europäische Union nach Wegen aus der Krise. Aus diesem Anlass befragten Martin und Frank Beckstein den lange Zeit in St. Gallen tätigen Verfassungsrechtler und Rechtsphilosophen Peter Häberle zu den Themen Europäische Identität und (Staats-)Bürgerschaft sowie dem Problem der demokratischen Legitimation der EU.

Peter Häberle ist Geschäftsführender Direktor des Bayreuther «Instituts für Europäisches Recht und Rechtskultur» sowie der «Forschungsstelle für Europäisches Verfassungsrecht». Er ist emeritierter Professor an der Universität Bayreuth und war beinahe 20 Jahre lang ständiger Gastprofessor für Rechtsphilosophie an der Universität St. Gallen. Weitere Gastprofessuren führten ihn unter anderem nach Japan, Südafrika, Griechenland, Spanien und Italien. Häberle erhielt die Ehrendoktorwürde von den Universitäten in Thessaloniki, Granada, Lima und Brasilia, sowie das Deutsche Bundesverdienstkreuz. Er wurde zum Grossoffizier der Republik Italien ernannt und kürzlich mit der erstmalig verliehenen Medaille des italienischen Verfassungsgerichts in Rom ausgezeichnet, ebenso mit der Medaille des Verfassungsgerichts von Peru. 1998 erhielt er den Max-Planck-Forschungspreis.

Ihm zu Ehren erschienen die Festschrift *Verfassung im Diskurs der Welt* (2004) und – erstmals für einen deutschen Staatsrechtslehrer – eine zweite, nämlich internationale Festschrift: *Derecho Constitucional y Cultura* (2004), in Madrid. Er arbeitete an den Beratungen für die neuen Verfassungen in Polen und Estland mit. Übersetzungen von Häberles Schriften liegen mittlerweile in 18 Sprachen vor.

Herr Professor Häberle, wir beginnen ganz allgemein: Was verstehen Sie überhaupt unter einer Verfassung und was sind die Aufgaben einer europäischen Verfassungslehre?

Vielen Dank zunächst für Ihre erste Frage. Der Verfassungsbegriff hat eine formelle Seite, man meint die geschriebene Verfassungsurkunde, und eine materielle Seite. Letztere bedeutet: Die Verfassung stellt Prinzipien dar, die sich im Laufe einer oft Jahrhunderte langen Entwicklung herausgearbeitet haben, etwa die Grundrechte, die Demokratie, die Gewaltenteilung, die Staatsziele: der Kulturstaat und der Sozialstaat sowie jetzt der Umweltstaat. Vor alledem natürlich die Menschenwürde. Was die formelle Seite angeht, so gibt es freilich auch einzelne Länder, die eine ungeschriebene Verfassung haben, das berühmteste Beispiel hierfür ist Grossbritannien. Historisch gesehen hat sich Polen die erste geschriebene Verfassung, kurz vor Frankreich, im Jahre 1791 gegeben. Nun zu Europa, und hier beginnt der Streit: Handelte es sich 2004 um einen Verfassungsvertrag, der vor allem auf völkerrechtlicher Basis beruht, oder schon um eine Verfassung? Dabei ist vor allem auf eine Kontroverse einzugehen: Herkömmlich bezieht sich der Verfassungsbegriff nur auf den Staat, so eine noch stark vertretene Meinung vor allem im deutschen Schrifttum. Aber der grosse österreichische Völkerrechtler Verdross hat bereits 1928 ein Buch geschrieben *Die Verfassung der Völkergemeinschaft*. Heute gehöre ich zu jenen, die sagen, «wir müssen uns von dieser Staatsfixierung befreien.» Auch das Europa von heute hat schon, obwohl ein europäischer Superstaat abzulehnen ist, eine geschriebene Verfassung; genauer, es lebt ein Ensemble von Teilverfassungen.

Sie haben mit Recht auch die Frage nach dem Verfassungsverständnis gestellt. Hier vertrete ich die Auffassung eines so genannten gemischten Verfassungsverständnisses. Ich darf es Ihnen erläutern. Der grosse Georg Jellinek hat etwa um 1900 in seiner *Allgemeinen Staatslehre* die Verfassung als Gesetz mit erhöhter formeller Geltungskraft bezeichnet. In der Weimarer Zeit sind klassische Verfassungsverständnisse entwickelt worden. Ich erwähne besonders gerne Rudolf Smend «Verfassung als Anregung und Schranke» sowie unter dem Grundgesetz Ulrich Scheuner «Verfassung als Norm und Aufgabe». Carl Schmitt, den wir als Chamäleon in der Weimarer Zeit ansehen müssen und der ein grosser Jurist war, aber leider in persönlicher und politischer Sicht wie Sie wissen höchst problematisch, hat das dezisionistische Moment in den Vordergrund gestellt. Mein Lehrer Konrad Hesse hat 1956 an die «normative Kraft der Verfassung» erinnert, und ich habe die Idee zu entwickeln versucht, die Verfassung sei auch öffentlicher Prozess und ein Stück Kultur.

Herr Professor, Sie sagten, die Verfassung sei weniger auf den Staat und mehr auf die Gesellschaft bezogen. Können dann Ihrer Meinung nach Verfassungen auf unterschiedlichen Ebenen bestehen oder muss das Entstehen einer europäischen Verfassung zwangsläufig zur Auflösung von nationalen Verfassungen führen?

Vielen Dank für diese sehr präzise Frage, die freilich sehr komplex ist. Vorweg: Schon das deutsche Grundgesetz zeigt, dass es nicht nur den Staat betrifft, sondern auch Teilbereiche der

Gesellschaft. Ihnen als Jurist ist die sogenannte Drittwirkung der Grundrechte bekannt oder die Sozialstaatsklausel. Hier gibt das Grundgesetz, als Prototyp einer nationalen Verfassung, auch normative Vorgaben für den *gesellschaftlichen* Bereich – das kann nicht bestritten werden. Denken Sie auch an die Regelungen, die es in Bezug auf die politischen Parteien in Art. 21 des deutschen Grundgesetzes gibt oder in Bezug auf die Koalitionen in Art. 9 Abs. 3.

Sie erwähnen dieses sehr verbreitete Denken in Ebenen. Man spricht von einem Mehrebenen-Konstitutionalismus (multilevel constitutionalism) europaweit. Hier habe ich Bedenken. Das Denken in Ebenen suggeriert eine Hierarchie. Aus meiner Sicht lässt sich aber nicht sagen, dass die Gemeindeebene, die regionale Ebene, die nationalstaatliche Ebene und die europäischen Ebenen hierarchisch angeordnet sind. Sie bilden vielmehr ein kompliziertes Ineinander von Teilverfassungen. Gerade wenn man von der Menschenwürde her denkt, verbietet sich dieses hierarchische Denken; denn zwar geht alle Staatsgewalt vom Volk aus – so das Demokratieprinzip seit Rousseau –, aber sowohl die bayerische Verfassung in Art. 100 als auch das deutsche Grundgesetz in Art. 1 setzen die Menschenwürde als kulturanthropologische Prämisse des Verfassungsstaates.

In Art. 1 des EU-Vertrages und der Präambel wird eine «immer engere Union der Völker Europas» vorgesehen für die personelle Rechtsbeziehung zur Union und zum Staat. Muss sich für eine immer engere Beziehung zur Union zwangsläufig die personelle Beziehung, Loyalität oder Identität zum eigenen Staat lockern oder kann es auch in Bezug auf die Identität und nicht nur auf die Verfassung, ein Nebeneinander, Übereinander oder Ineinandergreifen geben?

Vielen Dank, ich sehe erneut: Ihre Fragen sind besser als meine Antworten, damit muss ich leben. Vielleicht darf ich Folgendes dazu sagen. Wir sollten Europa auf zwei Säulen gründen: Die nationalstaatlichen Identitäten müssen erhalten bleiben, wir werden nun einmal kulturell sozialisiert in den Nationen, Regionen und Kommunen. Es gibt ganz bestimmte kulturelle Sozialisationsprozesse, die sich unterscheiden, in Frankreich relativ zentralistisch einerseits, dezentralistisch in dem zutiefst – Gott sein Dank – föderalistischen Deutschland andererseits: Deutsche Freiheit ist föderative Freiheit. Die zweite grosse Säule muss die Möglichkeit der Identifikation des Europabürgers mit Europa im Ganzen sein. Und hier stehen wir vor der Frage, die Sie andeuten: Was ist Europa im Ganzen, was sind Teilmomente der europäischen Identität? Diese Teilelemente der «europäischen Identität» müssen wir aus vielen Aspekten gewinnen. Zunächst aus der gemeinsamen europäischen Geschichte, die sich versinnbildlicht in dem wunderbaren Bild, das natürlich aus der Antike kommt: die Entführung der Europa durch Zeus auf einem Stier. Aber, was wir oft unterschätzen ist ein geographisches Element. Es fällt mir schwer, etwa den Maghreb zu Europa im rechtlichen und kulturellen Sinne zu rechnen, weil es hier eine geographische Grenze gibt. Ich bin für den «Barcelona-Prozess», aber hier soll es ja nur um assoziierte Partnerschaften und ähnliches gehen. Darum auch die Schwierigkeiten, wie es mit der Türkei steht (privilegierte Partnerschaft?). Drittes Identifikationsmoment ist das kulturelle. Europa zeichnet sich von Anfang an durch eine Vielfalt seiner Kultur aus. Ich belege dies an folgenden zwei Beispielen, die Ihnen vielleicht einleuchten. Mozart hat «türkische Märsche» komponiert, also sogar die Türkei hat auf die europäische Kultur gewirkt, es wurden

orientalische Aspekte integriert. Palermo hat eine zutiefst arabische Vergangenheit. Sie finden bis heute überall in Palermo in Kirchen und Palästen das arabische Element, ebenso wie in Andalusien. Europa ist zwar ein Gebilde kultureller Pluralität, aber gleichwohl durch geographische, historische und rechtliche Momente ein flexibles Ganzes.

Sie haben mittlerweile mehrere Aspekte dieser Identität angesprochen insbesondere historische, kulturelle, geographische und rechtliche. Letztere aber erst kurz angerissen. Könnten Sie diese rechtlichen Aspekte der Identität noch vertiefen und darauf eingehen, wie institutionelle und konstitutionelle Momente die Identität mitprägen?

Ausgerechnet wir, die wir Juristen sind, haben angesichts der Komplexität Ihrer Frage die rechtlichen Identifikationselemente in Europa noch nicht genügend vertieft. Ich darf Ihnen einige nennen, ohne dies erschöpfend tun zu können. Zunächst einmal können wir von einem «europäischen Rechtsstaat» bereits sprechen. Der Rechtsstaat, der sich in langen Jahrhunderten, ja Jahrtausenden entwickelt hat, beginnt mit den ersten Überlegungen von Aristoteles zum Willkürverbot und dem Gleichheitsgebot, führt bis hin zu Friedrich Julius Stahl und seinem Rechtsstaatsbegriff, bis hin zu den osteuropäischen Verfassungen, die nach 1989 fast alle den Rechtsstaatsbegriff als Prinzip aufgenommen haben. Ein weiteres rechtlich konstituierendes Element ist die Garantie der Menschenwürde. Erstmals in einem europarechtlichen Text ausdrücklich vorweggeschickt: in der EU-Grundrechte-Charta, aber bereits in vielen einzelstaatlichen Verfassungen, sowohl der alten Mitgliedsstaaten als auch der Beitrittskandidaten postuliert. Ein nächstes ist die weltanschaulich konfessionelle Neutralität des Staates. Sie ist vor allem vom Bundesverfassungsgericht entwickelt worden und geht auch auf Überlegungen zur Neutralität, zum Prinzip der Nichtidentifikation des Staates mit bestimmten Weltanschauungen und Religionen im Sinne von Herbert Krüger zurück, einem grossen Staatsrechtslehrer der 50er und 60er Jahre. Zu diesem rechtlichen Fundament einer europäischen Identität gehört meines Erachtens die Wissenschaftlichkeit des Rechts. Darauf hat früh der auch in Italien sehr verehrte Privatrechtler Franz Wieacker hingewiesen. Die Wissenschaftlichkeit verdanken wir einer grossen Spanne von Klassikern, die nicht erst mit Immanuel Kant beginnt und die dann über den grossen Soziologen Max Weber bis in die Gegenwart reicht. Schliesslich ist typisch die Partikularität und Universalität der europäischen Rechtskultur. Ich verwende mit voller Absicht den Begriff «Rechtskultur», denn der Begriff «Kultur» geht zurück auf Cicero, er ist bekanntlich der grösste Jurist der Antike gewesen. Ein solches Element der Rechtskultur, das wir noch nennen können, ist die Einsicht, dass wir eine Fülle von nur partikularen Besonderheiten haben, etwa den italienischen Regionalismus und die spanische Erfindung der Autonomen Gebietskörperschaften einerseits, andererseits zum Beispiel die herausragende Stellung des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe. Obwohl fast jedes Land – insbesondere Italien und Spanien – eine blühende Verfassungsgerichtsbarkeit hat, nimmt doch das deutsche Bundesverfassungsgericht eine Art Modellcharakter ein.

Das Rechtsstaatsprinzip umfasst etwa den effektiven Rechtsschutz, das rechtliche Gehör, angelsächsisch bekannt als *due process of law*, *audiatur et altera pars* schon in Rom erfunden, der faire Prozess, der dann auch in der Rechtsphilosophie von John Rawls eine grosse Rolle

spielt, wie ich überhaupt darauf hinweisen darf, dass es bei aller vielgliedrigen Ganzheit der europäischen Rechtskultur und Europa als Kultur zahlreiche verbindende Brückenelemente zur US-amerikanischen Rechtskultur bestehen.

Sie haben ja vorhin gesagt, dass Europa im Moment nur auf dem Weg ist, eine Europäische Identität zu entwickeln. Wie könnte man denn eine solche Identität fördern, kann eine EU-Verfassung dazu beitragen oder muss es umgekehrt zuerst die Identität geben, bevor eine Verfassung überhaupt Sinn macht? Ist es überhaupt legitim, eine Identität vonseiten der Politik aktiv zu fördern?

Eine «Gretchenfrage» im klassischen Sinne, ich werde aber gleichwohl zu antworten versuchen. Das erste Stichwort ist der Vorschlag: Europa als Erziehungsziel. «Europa» muss in den Schulen beginnen. Die Bayerische Verfassung hat einen wunderbaren Schlussartikel, der besagt, dass jeder Schüler zum Schulabgang einen Text der Bayerischen Verfassung erhält. Das ist ein Stück Verfassungspädagogik und sie ist legitim. Seit langem plädiere ich dafür, in den Katalog der Erziehungsziele der deutschen Länderverfassungen die Europaidee mit aufzunehmen. Mit Recht werfen Sie aber die Frage auf, ob überhaupt Erziehungsaufgaben für den mündigen Bürger, den Vielzitierten, von dem ja alle Staatsgewalt ausgehen soll, zulässig sind. Ich meine schon, dass die Politik eine *begrenzte* Informationsaufgabe hat, mit dem Ziel, europäische Identifikationsprozesse in Gang zu setzen. Mehr aber nicht. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass der europäische Bürger natürlich nicht mehr erzogen werden will und werden soll; das verträgt sich nicht mit einer freiheitlichen Gesellschaft. Die Kinder soll man erziehen, den Erziehungsauftrag in den Schulen nehme ich sehr ernst. Die Bürger hingegen gilt es zu informieren. Und weil in einer pluralistischen Gesellschaft die Informationsaufgabe zahlreichen pluralistischen Trägern zukommt – etwa den politischen Parteien, den Medien sowie Vereinen aller Art und Tageszeitungen – so muss auch klar festgehalten werden, dass sie alle noch viel mehr für die bessere Information der Bürger tun müssen. Im Übrigen müssen die einzelnen Länder Bürgerforen einrichten: auf kommunaler und regionaler Ebene.

Herr Professor Häberle, auf nationalstaatlicher Ebene mag die Identität von Herrschern und Beherrschten oft als Fiktion betrachtet werden und doch liegt die Verantwortung zumindest mittelbar beim Bürger. Ist der Legitimations- und Verantwortungszusammenhang auf europäischer Ebene noch vorhanden und lediglich sehr lang gezogen, oder fehlt er völlig?

Damit sprechen Sie eine wunde Stelle an. Zunächst gibt es im deutschen Schrifttum – vom Bundesverfassungsgericht sanktioniert und vor allem durch U. Scheuner erarbeitet – das schöne Bild von der «Legitimationskette» vom Volk zu den Staatsorganen. Dabei haben wir in Deutschland das Glück, dass diese Legitimationsstränge auf kommunaler Ebene vorbildlich ausgeprägt sind. Dieser Verantwortungszusammenhang vom Bürger zu den Staatsorganen funktioniert in föderalistischen Staatsgebilden gerade auf kommunaler Ebene – wie besonders vorbildlich in der Schweiz, in Kalifornien in den USA (was in der Schweiz genau verfolgt wurde) und auch im deutschen Föderalismus sehr gut. Etwas schwächer – ich sage dieses gegen die herrschende Meinung – gelingt dies bereits auf der nationalstaatlichen Ebene. Der deutsche

Bürger darf – weil wir im Grundgesetz eine rein repräsentative Verfassung haben – nur alle vier Jahre Wählen gehen, es sei denn, er wird aufgrund eines in meinen Augen verfassungswidrigen Vorgehens des seinerzeitigen deutschen Bundeskanzlers Schröder einmal vor der Zeit zu den Wahlurnen gerufen (2005). Deutschland fehlt meiner Meinung nach das Ideal der Schweizer Demokratie. Dort ist die Demokratie halbdirekt, d.h. es gibt repräsentative und direktdemokratische Elemente auf allen Ebenen in der Schweiz, auf der Ebene der Kommunen, der Kantone und des Bundes. Ich meine, dass wir in Deutschland mittlerweile in Sachen Demokratie so gereift sind, dass man direktdemokratische Elemente, wie übrigens in der Verfassung von Bayern vorgesehen, durchaus wagen könnte.

Jetzt aber zur europäischen Ebene. Sie deuten bereits in Ihrer Frage an, dass hier das Bild des Legitimations- und Verantwortungszusammenhangs sehr schwach ist. Es finden nämlich nur alle fünf Jahre die Europawahlen statt. Darüber hinaus gibt es noch keine europaweiten Referenden. Das sollte vielleicht in Zukunft möglich sein, ich habe es vor fünf Jahren vergeblich vorgeschlagen. Wie dem auch sei, das Demokratiedefizit besteht, auch wenn das Europäische Parlament inzwischen gestärkt wurde und nach Massgabe des Verfassungsvertrages von 2004 noch mehr hätte gestärkt werden sollen. Das EU-Parlament ist immer noch viel zu schwach, verglichen mit den nationalstaatlichen Positionen der Parlamente in den Demokratien westlicher Prägung.

Aber die Demokratie rechtfertigt sich nicht nur durch das Mehrheitsprinzip und den Minderheitenschutz, sondern auch über den platonischen Gedanken der Republik, dass der Staatsbürger immer mitverantwortlich für das Gemeinwesen ist, insofern er die Chance hat, eine «bessere» Regierung zu inthronisieren. Kann es also unter diesem Blickwinkel der Demokratie Europa als republikanische Schicksalsgemeinschaft geben?

Ich bin sehr glücklich, dass Sie auf die republikanische Idee zurückkommen. Es besteht ein uralter, alteuropäischer Zusammenhang zwischen *res publica*, der Republik, und *salus publica*, dem Gemeinwohl. Ich erinnere immer wieder gerne an die schon in Kunst und Kultur – in Politik aber erst nach und nach – entstehende europäische Öffentlichkeit. Ziel muss sein, Elemente, Strukturen und Verfahren einer europäischen Republik zu entwickeln. Auch dies kann nur schrittweise vonstatten gehen. Ich habe recht früh schon die Frage gestellt, ob es ein europäisches Gemeinwohl, ein europäisches *salus publica* gibt. Dieser tiefe, alteuropäische Zusammenhang kommt auch zum Ausdruck in dem Begriff, den die Verfassung in Spanien und Frankreich verwendet, *libertés publiques*: öffentliche Freiheiten. Um öffentliche Freiheiten geht es. Man muss dem europäischen Bürger seine europäische Republik auch dadurch nahe bringen, dass man europäische Öffentlichkeit schafft. Nicht nur im Skandalfall, den Sie vorher berührt haben – etwa bei der Abschaffung der unsäglichen Santer-Kommission, denn hier gab es plötzlich ein Stück europäischer Öffentlichkeit. Wir brauchen aber nicht nur eine Skandalöffentlichkeit, sondern müssen, mit Verlaub, eine positive Öffentlichkeit schaffen und diese beginnt in den Schulen.

Zumindest auf europäischer Ebene wird deutlich, wie gross der Einfluss von Expertengremien

und Lobbyisten auf die Politik ist. Besteht hier nicht eine Gefahr für die Demokratie oder könnte es auch in Anbetracht der strukturellen Unübersichtlichkeit und Komplexität der Europäischen Union annehmbar sein, post-parlamentarische Legitimationsformen für Europa in Betracht zu ziehen?

Ein schöner Gedanke, der wieder aus der Fülle Ihres politikwissenschaftlichen Studiums herrührt. Blicken wir noch kurz auf den internationalen Bereich, ehe ich versuche zu antworten. Wir haben postparlamentarische Momente in den von mir grundsätzlich hochgeschätzten Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Sie zeigen mir, dass die Geschichte offen ist. Die Völkerrechtsorgane, die etablierten, bedienen sich zunehmend des Rates von NGOs. Sie leisten viel Positives. Ich denke dabei nicht an die verunglückte Brent-Spar-Geschichte, aber an *Transparency International*, *Human Rights Watch*, *Ärzte ohne Grenzen*, natürlich *Amnesty International*, und viele andere. Hier sehen wir, wenn wir so wollen «Lobbyisten» – ich gebrauche diesen Begriff nur ungern – im Bereich des Völkerrechts. Aber die von mir vor zwei Jahren in der Festschrift für Zuleeg gestellte Frage «Wer entwickelt das Völkerrecht?» mit Blick auf die offene Gesellschaft der Völkerrechtsinterpreten, ist positiv zu sehen. Diese NGOs sind positive Wachstumsfermente oder Träger einer sich weiterentwickelnden Völkerrechtsgemeinschaft, hier von der Seite weltöffentlicher Kritik her.

Nun in den innerstaatlichen Bereich. Ich glaube, wir müssen die Tätigkeit von Lobbyisten und privaten Organisationen differenziert sehen. Einerseits können sie den Parlamenten Informationen liefern, sie sind eine Art geistige Unruhestifter im positiven Sinn des Wortes. Andererseits sehen wir auch Unglückliches, etwa starken wirtschaftlichen Druck, unangemessenen Einfluss der Wirtschaftsverbände auf die nationalen Parlamente. Zwar muss nach einem Anhang zur Geschäftsordnung des Bundestages bzw. gemäss dem Abgeordnetengesetz jeder Bundestagsabgeordnete seine Verflechtungen offen legen, aber Sie sehen die Problematik gerade am jüngsten Fall, den die öffentliche Meinung erzwungen hat, dass nämlich der CDU-Abgeordnete Reinhard Göhner, nicht gleichzeitig Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) sein konnte. Hier hat die öffentliche Meinung erzwungen, dass ein Bundestagsabgeordneter als Vollzeitparlamentarier nicht noch Vollzeitleiter eines starken wirtschaftlichen Verbandes sein kann.

Auf der europäischen Ebene ist Ihr Problem vieldiskutiert, auch hier wissen wir – und das kann man schon im Telefonbuch in Brüssel nachlesen – wie viele Wirtschaftsverbände bei den Organen, bei dem Parlament, bei der EU akkreditiert sind. Hinzu kommt – hier können wir vielleicht einen Gedanken von Gunther Teubner aufnehmen, der als ein bekannter Zivilrechtslehrer auch in Florenz lehrte – die Idee einer Zivilverfassung, nämlich dass aus den privaten Institutionen heute weltweit Verfassungsstrukturen erwachsen. Ich habe hier gewisse Vorbehalte, weil sich der Verfassungsbegriff im und durch das Öffentliche Recht entwickelt hat und wir ihn nicht privaten Organisationen überlassen sollten.

Die europäische Integration war von ihrem Beginn durch eine wirtschaftliche Schlagseite charakterisiert; und trotz regelmässigen Plädoyers für die Demokratisierung der Union scheinen

die Reformen mehr auf einen effizienten Pragmatismus für die Bürger, denn einer politischen Union von Bürgern hinauszulaufen. Ist das eine Folge der «Ökonomisierung» der Politik, wie sie von Hannah Arendt kritisiert wurde?

In der Tat gehöre ich zu jenen, die seit Jahren die Ökonomisierung der Politik und die Ökonomisierung fast aller Lebensbereiche kritisieren. Dem annus mirabilis 1989 verdanken wir ja die Abschaffung der Planwirtschaft und das Bewusstsein dafür, wie viel Positives die soziale Marktwirtschaft in der pluralistischen Demokratie bewirkt. Der grosse Nobelpreisträger von Hajek hat ja die Idee des Marktes als fruchtbares Entdeckungsverfahren ins Bewusstsein gerufen. Mir geht mittlerweile die Vorherrschaft des Marktes zu weit, da das Marktdenken bereits unsere geliebten Universitäten ergreift. Ich lehne es entschieden ab, die deutsche Universität – und wir leben immer noch vom humboldtschen Ideal, der Einheit von Forschung und Lehre, der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden – als Unternehmen oder gar als Betrieb, Stichwort Drittmittelbeschaffung, zu sehen. Der Markt ist unverzichtbar für eine freiheitliche Gesellschaft, aber die Demokratie und der Mensch leben nicht vom Markt allein. Der Markt ist ein rein instrumentaler Vorgang. Er steht im Dienst der Menschenwürde, die als kulturanthropologische Prämisse des Verfassungsstaats gesetzt ist. Daher müssen wir die kulturelle Vielfalt, die kulturellen Identifikationsmöglichkeiten im Blick behalten, damit sie nicht durch Marktkräfte, denen es nur um den homo oeconomicus geht, hinweg gespült werden. Das Leitbild des homo oeconomicus ist mir zutiefst verdächtig. Das Menschenbild des deutschen Grundgesetzes ist ein anderes. Der Mensch ist ein auf Menschenwürde gegründetes Wesen mit emotionalen und rationalen Elementen, er ist nicht nur der Bürger, der auf seinen ökonomischen Nutzen starrt. Jedenfalls ist der homo europaeus nicht der von den neueren Volkswirtschaftslehren gleich Marktwissenschaften so hofierte und favorisierte homo oeconomicus.

An diese Einstellung würde ich gerne anknüpfen. Sie haben gerade gesagt, dass der homo oeconomicus in Europa nicht sein sollte, dass eben dieser aber von manchen Wissenschaftsbereichen, Sie haben die Volkswirtschaften angesprochen, gefordert wird. Wie nötig ist eine europäische Wirtschaftsethik? Muss der Markt von europäischer Seite, also durch Gesetze in die Pflicht genommen werden oder könnten Selbstverpflichtungserklärungen ausreichen?

Ich bin besonders glücklich, dass Sie auf die Wirtschaftsethik Bezug nehmen. Hier ist es nämlich dem Altrektor Riklin in St. Gallen zu verdanken, dass in Europa der erste Lehrstuhl für Wirtschaftsethik begründet worden ist. Eine einseitig neoliberalistische Tradition lehnt die Idee der Wirtschaftsethik ab, ich befürworte sie, wenngleich ich freilich kein Kenner der Wirtschaftswissenschaften bin. Jedoch verweise ich darauf, dass wir textliche Anknüpfungspunkte an die Idee der sozialen Verantwortung des Menschen, der eben nicht nur an den ökonomischen Eigennutz denken soll, in der von mir vorher schon sehr gerühmten Europäischen Grundrechte Charta und ihrer Präambel haben. Dort gibt es erstmals einen Abschnitt unter dem Titel «Solidarität». Verpflichtungen des europäischen Bürgers, Verantwortlichkeiten aber auch Verantwortungen in Sachen Sozialstaat seitens des

Verfassungsstaats werden hier aufgezählt. Freilich müssen wir auch den berühmten Art. 6 der neuen Bundesverfassung der Schweiz von 1999 zitieren, der an die Verantwortung des Menschen und Bürgers erinnert. Dieser Artikel 6 ist so etwas wie «soft law», er kann nicht erzwungen werden. Die Solidaritätsartikel in der EU-Grundrechte-Charta haben durchaus schon konkrete Auswirkungen etwa im Arbeits- und Sozialrecht, ohne dass wir dies hier vertiefen können. Sicherlich gibt es hier Grenzen der Erzwingbarkeit des Rechtes; vieles muss, um den Schweizer Klassiker Dietrich Schinder zu zitieren, von der kulturellen Ambiance geleistet werden. Das Recht muss umgeben werden von einem Ensemble sozialemischer Momente und das, wie mir scheint, wird immer noch vorbildlich in der Schweiz von heute geleistet. Es ist angesteuert in der EU Grundrechte Charta und es sollte vor allem von den Europawissenschaften, die es ja gibt, noch stärker im künstlich sich entwickelten europäischen Verfassungsrecht ins Zentrum gerückt werden.

Wir haben ja gerade in diesem Interview herausgearbeitet, dass Europa nur auf dem Weg ist. Die Verfassung, die Identität, am Wenigsten wahrscheinlich die Wirtschaftsethik. Welche Verantwortung kommt Juristen, der Wissenschaft, aber auch Studenten im Allgemeinen für das Projekt Europa zu.

Mir gefällt sehr, dass Sie die Formel gebrauchen, «Europa ist auf dem Wege». Wir sind auf einer Weise immer auf dem Weg und darum lehne ich auch die Diskussion um die Finalität Europas ab. Zwar, wie Sie formuliert haben, sollen die Europäer immer enger zusammenwachsen, aber hier gibt es natürlich auch Grenzen, die aus den nationalstaatlichen Identitäten, die erhalten werden sollen, folgen. Dieses Auf-dem-Weg-sein fordert die Erfüllung bestimmter Aufgaben. Beginnen wir mit den Studenten, und zwar nicht nur aufgrund des pädagogischen Eros, dessen wir europäische Professoren bedürfen. Was jedenfalls aus Europa wird, hängt letzten Endes von den jungen Europabürgern und vor allem den Studenten ab. So sehr mich der Bologna-Prozess als Name wegen der beginnenden Rezeption des Römischen Rechts um 1100 in Bologna bestochen hat, ich lehne die drohende Verschulung, Modularisierung und Vereinheitlichung ab, weil es bei der traditionellen Vielfalt der Rechtskulturen bleiben soll.

Es gibt Studentenorganisationen, die ich immer sehr mit Rat und Tat unterstützt habe, namentlich die ELSA-Gruppe, der Zusammenschluss europäischer Studenten. Eine besonders starke Gruppe arbeitet hier in Bayreuth. Hervorragend sind die Erasmus- und Sokratesprogramme. Ich empfehle solche Austauschprogramme meinen Studenten sehr. Bei mir waren in den letzten Jahren nicht weniger als ein Dutzend junge Doktoranden aus Griechenland, Italien, Spanien, Ungarn und anderen europäischen Ländern, die bei mir Europaverfassungsrecht gelernt haben und die mittlerweile Dozenten in ihren Heimatländern geworden sind.

Schliesslich zu den Professoren. Seit langem fordere ich, wir sollten dem Leitbild des «europäischen Juristen» folgen. Was meint «europäischer Jurist»? Ein «europäischer Jurist» ist einer, der mindestens zwei bis drei nationale Rechtsordnungen bzw. Sprachen überblickt, wie in

meinem bescheidenen Fall, ein wenig die italienische und die spanische. Unumgänglich scheint mir die Fähigkeit, die Rechtsvergleichung als fünfte Auslegungsmethode anwenden zu können. Savigny war ein solcher und vielleicht der grösste des 19. Jahrhunderts, dem aber Mittermaier im Strafrecht – ein Heidelberger Professor – kongenial an die Seite gestellt werden kann. Wir müssen kleiner ansetzen, aber die Idee dahinter ist klar. Er muss die Kulturgeschichte Europas und dieser Länder ein wenig kennen und sollte daher am besten auch in diesen Ländern lehren. So durfte ich bei einer meiner Gastprofessuren in Italien z.B. auch als Gastredner in dem berühmten Institut des italienischen Professors Pizzorusso in Pisa oder in Rom am Lehrstuhlzimmer von C. Mortadi lehren. Von Goethe gibt es das schöne Wort «Wer keine fremden Sprachen kennt, kennt nicht die eigene». Dieser Gedanke gilt auch für andere Rechtsordnungen.

Im Übrigen kann ich mich nur bei Ihnen bedanken, Sie haben dank ihrer guten Fragen einen Ariadne-Faden gelegt, an dem ich mich im Dschungel der Fragen, oder positiver formuliert, im Wildwuchs des werdenden europäischen Verfassungsrechts dann doch ein wenig orientieren konnte. Vielen Dank.

Herr Professor Häberle, wir danken Ihnen herzlich für dieses bereichernde Gespräch.

Das Interview führten Frank und Martin Beckstein

Frank Beckstein ist Doktorand im juristischen Graduiertenkolleg «Geistiges Eigentum und Gemeinfreiheit» an der Universität Bayreuth.

Martin Beckstein ist Assistent und Doktorand am Lehrstuhl von Prof. Dr. Roland Kley an der Universität St. Gallen.

Das Interview erscheint in der italienischen Zeitschrift «Ilcontesto» (edizioni ETS-Pisa) unter dem Titel «Costituzione, diritto e cittadinanza – Un'intervista a Peter Häberle».

0 Kommentare

Es gibt noch keine Kommentare

* Pflichtfelder

Was ist Ihr Kommentar?

Titel:

Ihr Kommentar: *

Name: *

Senden

Ihr Kommentar wird durch eine Moderatorin bzw. einen Moderator geprüft und in Kürze freigeschaltet.